



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 8. Juni 1949

Nachrichten

Friedensdelegation des Volkskongresses muss in Paris gehört werden
 "Wir Deutschen werden nicht eher ruhen, bis Einheit und
 Frieden gesichert sind"
 "Glückauf!" für die Nationale Front
 Ost-Aufträge können Konkurs verhindern
 Telegrammwechsel Dresden - Hannover
 Kostspielige Ersatzbauten sind zu vermeiden
 Wir fordern Freiheit für Max Reimann
 Sie sorgen dafür, dass der Plan erfüllt wird
 Bornauer Kumpels vergrößern Produktionsvorsprung
 Magdeburger Bergarbeiter erfolgreich
 85,7 % des Neubauern-Bauprogramms in Brandenburg begonnen
 Schiessplatzgelände wird Gärtnereigenossenschaft
 Die Produktion im Pferdestall aufgenommen
 180 Freiwillige arbeiteten Pfingstsonntag in Kirchmöser
 Spengemanns Verrat an der "Sozialistische Front"
 Leistungslohn erhöht den Lebensstandard
 Welche Vorteile bringt die Steuerreform
 Kaliningrad - die neue Stadt im Werden
 Augenzeuge Nr. 23/49

Pressestimmen

Reuter-Magistrat verschleudert Steuergelder
 Ein teures Geschäft

Kommentare

Berlin darf nicht gespalten bleiben
 Nationale Front gegen Demontage

Artikeldienst

Zum ländlichen Genossenschaftsprogramm der CDU (von R. Reutter)

Stimmen des Auslandes

Die Marshall-Schlinge um Frankreich
 Rüstungen jährlich 25 Milliarden Dollar
 Amerikanische Kommentare zu Eisler
 Kämpfe in Italien
 Mehr Fleisch, mehr Butter, mehr Eier

Zur Information

Amerikanische Kriegsvorbereitungen in Franco-Spanien

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

Nachrichten

Friedensdelegation des Volkskongresses muss in Paris gehört werden
"Wir Deutschen werden nicht eher ruhen, bis Einheit und Frieden gesichert sind"

Leipzig, 8.6. (E.B.)

"Warum verweigern die Westmächte dem deutschen Volk das Recht, auf der Pariser Aussenministerkonferenz zu sprechen? Wir Deutschen werden nicht eher ruhen, bis unsere Stimme von der Welt gehört wird und Einheit und Frieden gesichert sind", erklärt die Belegschaft der Lackfabrik Mölkau in einer Resolution zum Treffen des Aussenministerrats in Paris.

Die Belegschaften des Messeamtes Leipzig, der Lack- und Farbenfabrik Leipzig-Leutzsch, der Deutschen Armaturenfabrik, der Postämter 1 und 5, der Oberpostdirektion, des Fernsprechamtes, der graphischen Betriebe C.H. Schwabe, Wilhelm Fugmann, Franz Müller, der Industrierwerke BWF, Karl Bretschneider Söhne, Abus-Eisenbau, LBH-Ausbildungswerk, "Podjomnik" vorm. Gebr. Wetzels, sämtlich im Stadtkreis Leipzig, fordern klar und unmissverständlich, dass die Vertreter der Westmächte in Paris ihren ablehnenden Standpunkt revidieren und dem Empfang der Friedensdelegation des Deutschen Volkskongresses ihre Zustimmung geben.

"Als Delegation, die auf der Pariser Aussenministerkonferenz im Namen des ganzen deutschen Volkes sprechen kann, erkennen wir nur die Delegation des Deutschen Volksrates an, weil diese allein die Forderung auf ein ungeteiltes Deutschland und einen gerechten Frieden entschieden vertritt", so fasst Ministerialrat Ganasinski vom sächsischen Ministerium für Industrie und Verkehr die Meinung des deutschen Volkes zusammen. Gegen die Absicht der Westmächte, eine westdeutsche Delegation der Wirtschaftsverwaltungen zu empfangen, wendet sich Ministerialrat Ganasinski mit den Worten: "Wir wollen kein von den Westmächten diktiertes Besatzungsstatut, sondern eine demokratische Verfassung für die gesamte deutsche Republik, wie sie vom Deutschen Volksrat ausgearbeitet und vorgeschlagen worden ist."

"Glückauf!" für die Nationale Front

Berlin, 8.6. (E.B.)

"Mit einem herzlichen Glückauf! für die Schaffung der Nationalen Front beantworten wir Eure Aufforderung, gemeinsam den Kampf für Einheit, Frieden und Abzug der Besatzungstruppen aufzunehmen", so erwidern die fortschrittlichen Betriebsräte der Zeche Recklinghausen II ein an sie gerichtetes Schreiben der Bergarbeiter des Braunkohlenwerkes Polenz i./Sa. Gleichzeitig schildern die Recklinghausener Kumpels die Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet: "Der Lohn ist zu gering - heisst es u.a. -, um die zustehenden Fleisch- und Fettrationen

Pressedienst
(PD)

Kommunikation

31. Jan. 1948

zu kaufen. Die Wohnungsmiet ist sehr gross und die Angehörigen aus der Ostzone müssen entweder von ihren Familien weiter getrennt leben oder hausen in Baracken, Dachkammern und anderen Menschenunwürdigen Behausungen. Neue Bergleute werden mit grossen Versprechungen angeworben, die nicht erfüllt werden. Die Familie eines erkrankten Bergmannes, der im Krankenhaus liegt, erhält 2,00 Westmark Krankengeld, ganz gleich, wie stark die Familie ist."

Die Belegschaft des Braunkohlens, das 1947 und 1948 in der Ostzone liegen in einem Antagonismus darüber, dass sie bessere Wohnverhältnisse kennen, dass sie mit ihrem Lohn den Lebensunterhalt ihrer Familien bestreiten können und dass die Sozialversicherungskasse im Krankheitsfall 50 % des Nettolohnes auszahlt und die Betriebsleitung aus ihren Mitteln die Differenz bis zu 90 % des Nettolohnes zuzahlt.

Ost-Aufträge können Konkurs verhindern

Köln, 30. (E.B.)

"Nachdem die Fesseln im Interzonenhandel gefallen sind, hoffen wir, jetzt endlich mit der Ostzone ins Geschäft zu kommen", äusserte Direktor Funke von der Imbert-Generatoren-Gesellschaft Köln-Niehl. "Wir haben alle Möglichkeiten erschöpft, um die Stilllegung unseres Werkes zu vermeiden. Weil wir die Existenz unserer 400 Angestellten und Arbeiter erhalten wollen, haben wir ein gerichtliches Vergleichsverfahren beantragt."

Der Umsatz auf dem Generatorengebiet fiel nach der Jahreswende wegen des Auftragsmangels im Puhrgewerbe, wegen grösserer Kraftstoffeinführen aus dem Ausland, vor allem aber wegen der Handels- und Verkehrsbeschränkungen mit der Ostzone sehr stark ab. Doch wurden alle Anstrengungen gemacht, so versicherte Direktor Funke weiter, um die im Sommer 1948 eingeleitete Umstellung auf andere Produktionen durchzuführen. Hier ist in erster Linie der Imbert-Ackerwagen zu nennen, der auf der landwirtschaftlichen Herbstausstellung in Frankfurt im Mittelpunkt des Interesses stand. Mehr als 4 000 Ackerwagen wurden vom Landmaschinenhandel und von den Genossenschaften für das Jahr 1948 fest in Auftrag gegeben. Die Kölner Serienfertigung erbrachte täglich 30 Wagen und war im Steigen begriffen. Insgesamt 1 400 Ackerwagen wurden ausgeliefert, bis vor wenigen Wochen schlagartig als Folge der geringen Kaufkraft der wendendenen Landwirte auch in diesem Zweig der Unternehmens eine fast totale Stockung eintrat. Eine Ausweichmöglichkeit, die in verstärkter Lieferung an die Ostzone bestanden hätte, war durch die Verkehrsbeschränkungen vertan. Nach einer Verbesserung der Ostwest-Handelsbeziehungen hofft Direktor Funke, die früheren Märkte in Osteuropa wiedergewinnen.

Pressedienst
(FD)

Nachrichten 8. Juni 1949

Telegrammwechsel Dresden - Hannover

H a n n o v e r , 8.6. (E.B.)

"Mit den Industrie- und Handelskammern der Westzonen begrüßen auch wir jede Möglichkeit zur Wiederherstellung einheitlicher deutscher Wirtschaft", erwiderte die Industrie- und Handelskammer Hannover in einem Telegramm ein Schreiben ihrer Schwesterkammer Dresden.

Kostspielige Ersatzbauten sind zu vermeiden

D r e s d e n , 8.6. (E.B.)

"Sachsen wird in der Lage sein, Textil- und Wirkwaren nach allen Teilen Deutschlands auszuliefern, wo sie dringend benötigt und freudig begrüßt werden, während wir in der Wasserwirtschaft eiserne Druckrohre und Ausrüstungen für unsere Versorgungsbetriebe und Talsperren aus dem Westen beziehen können. Kostspielige und zeitraubende Ersatzbauten und andere Erschwer-nisse können vermieden werden", erklärte Abteilungsleiter Maurer von der Abteilung Wasserwirtschaft bei der sächsischen Landesregierung.

Wir fordern Freiheit für Max Reimann

B e r l i n , 8.6. (E.B.)

Die 12 000 Bergarbeiter des Senftenberger Braunkohlenreviers beauftragten ihre Betriebsgewerkschaftsleitungen und Betriebsgruppen, bei ihren Produktionsberatungen dafür einzutreten, dass Max Reimann unverzüglich in Freiheit gesetzt wird.

"Freiheit für Max Reimann!" verlangen in einer einstimmig angenommenen Entschliessung auch die Betriebsangehörigen des volkseigenen Lokomotivwerkes "Karl Marx" in Babelsberg.

Sie sorgen dafür, dass der Plan erfüllt wird

Bornaer Kumpels vergrössern Produktionsvorsprung

B e r l i n , 8.6. (E.B.)

Im Monat Mai konnten die Kumpels des Braunkohlenreviers Borna ihren Produktionsvorsprung im Wettbewerb der drei Reviere Borna, Meuselwitz und Welzow weiter vergrössern. Die Briketterzeugung erreichte 116,3 %, die Rohkohlenförderung 114 %. Meuselwitz gelangte im Abraum auf 103,7 % und steht an zweiter Stelle. Die Welzower Bergarbeiter sind auf den letzten Platz zurückgefallen, während sie im März noch an zweiter Stelle im Wettbewerb standen.

Magdeburger Bergarbeiter erfolgreich

M a g d e b u r g , 8.6. (E.B.)

In der Rohbraunkohlenförderung im Monat Mai erfüllten die Bergarbeiter des Tagebaus Königsau das Soll mit 100 %, Höstensleben mit 110,6 %, Tiefbau Egeln mit 115,8 %, Tiefbau Unseburg, Schacht Karl II mit 108 %, Schacht Marbe mit 110,7 %, Tiefbau Lössberg mit 103,2 %.

PresseDienst
(PD)

Nachrichten

3. Juni 1949

- 4 -

Tiefbau Calbe mit 100,1 %, Tiefbau Osternienburg, Schacht II mit 103,2 %, Schacht Robert Blum mit 104,5 %. Die Revierversolierfüllung betrug 107,4 %. Durch Absatzschwierigkeiten traten bei den Werken Königsau und Calbe/Saale Stockungen ein.

In der Brikettherstellung erfüllten die Brikettfabriken Völpke das Soll mit 107,6 %, Unseburg mit 101,7 %, Osternienburg mit 100,1 %. Die Revierversolierfüllung ergab 104,5 %.

Besondere Leistungen vollbrachten die Belegschaften der Werke Unseburg und Osternienburg, weil im Berichtsmonat die Hälfte der Trocknungskapazität und ein Drittel der Kapazität durch Reparaturen ausfiel.

85,7 % des Neubauern-Bauprogramms in Brandenburg

P o t s d a m , 8.6. (E.B.)

Das Neubauern-Bauprogramm im Lande Brandenburg macht bisher gute Fortschritte. Ende Mai waren in den Stadt- und Landkreisen rund 18 300 Baueinheiten begonnen und über 2 160 Wohnhäuser, Ställe und Scheunen bereits fertiggestellt. Damit ist das Bauprogramm zu 85,7 % in Angriff genommen.

Verschiedene Landkreise, darunter Angermünde, Lebus, Lübben und Teltow, haben bereits begonnen, über ihr Bausoll hinaus Neubauerngehöfte zu erstellen. Auch die Kreise Frenzlau, Templin, Oberbarnim, Belzig und Westprignitz, die zusammen mehr als 6 000 Baueinheiten errichten, haben fast alle Vorhaben in Angriff genommen. Von allen im Bau befindlichen Höfen sind über 6 500 Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude bereits gerichtet oder eingedeckt.

Schiessplatzgelände wird Gärtnereigenossenschaft

L u c k e n w a l d e , 8.6. (Rdfk.)

Die erste gärtnerische Produktivgenossenschaft der Ostzone wollen 30 Gärtner des Ortes Felgentreu im Kreise Luckenwalde bilden. Mit Hilfe der Maschinenausleihstation des Ortes soll das Gelände eines ehemaligen Schiessplatzes urbar gemacht werden. Das dort herangezogene Früh- und Feingemüse gelangt dann nach Jüterbog, Luckenwalde und Potsdam.

Die Produktion im Pferdestall aufgenommen

L e i p z i g , 8.6. (E.B.)

In einem Pferdestall begannen sechs ehemalige ATG-Arbeiter, Schrott- und Trümmerteile zu entrostern und sie zu neuen Maschinen zusammenzufügen. Zunächst begannen die Männer mit ihren eigenen Werkzeugen Öfen und andere dringend notwendige Artikel herzustellen. Durch das Entgegenkommen der SMA erhielten schliesslich die Arbeiter die Gebäude des ehemaligen Werkes 5 zurück. Damit zog wieder neues Leben in die leeren Hallen. Fenster wurden verglast, Werkbänke, Härteöfen und Schmiedefeuer eingebaut. Die Aufbauarbeiten wurde fast ausschliesslich in freiwilligen Zusatzschichten verrichtet, und mancher Arbeiter sah in dieser Zeit sein Bett recht selten.

- 5 -

Pressedienst
(FD)

Nachrichten

3. Juni 1949

- 5 -

Inzwischen ist die Zahl der Belegschaftsmitglieder auf 220 Mann angewachsen. Ein Teil davon arbeitet auf Baustellen in Leuna, Bitterfeld und Espenhain, um die im Werk produzierten Transportanlagen, elektrische Hängebahnen, Karbidgasentwickler und Krankkatzen zu montieren.

Freilich wird auch heute noch im neu erstandenen Betrieb Ausbau-Transportanlagenbau viel improvisiert. Schwere Stücke müssen mit der Hand oder mit Hilfe von Behelfseinrichtungen bewegt werden. Aber auch schon das, was bis jetzt geschaffen wurde, zeigt, was unsere Arbeiter leisten können, wenn sie auf ihre eigene Kraft vertrauen. Hier wächst ein Stück unserer Friedensindustrie.

180 Freiwillige arbeiteten Pfingstsonntag in Kirchmöser

M a g d e b u r g , 3.6. (Rdkf.)

Beim Aufbau des neuen Stahlwerkes in Kirchmöser bei Magdeburg leisteten am Pfingstsonntag 180 Werkstätige des Kreises Stendal freiwillige Hilfe. Das Reichsbahnausbesserungswerk Stendal war bei dieser Hilfsaktion mit 50 Belegschaftsmitgliedern am stärksten vertreten.

Spengemanns Verrat an der "Sozialistischen Front"

Austritt aus der SPD und seine Ursachen

H a n n o v e r , 3.6. (E.B.)

Wie jetzt bekannt wird, hat der Verräter Spengemann seinen Austritt aus der SPD erklärt. Er will damit der Verantwortung entziehen. "Das wird ihm nicht gelingen", erklärt die "Niedersächsische Volksstimme". "Wir werden weiterhin Tatsachenmaterial über den Verrat an der 'Sozialistischen Front' veröffentlichen. Alle Unterlagen haben wir dem Rechtsanwalt Dr. Kurt Wessig zur Bearbeitung übergeben. In verschiedenen Zuschriften machen ehemalige Mitglieder der 'Sozialistischen Front' den Vorschlag, gegen Spengemann Strafanzeige wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu stellen. Auch diese Wünsche teilten wir dem genannten Rechtsanwalt mit. Wir ersuchen alle vom Verrat Spengemanns Betroffenen sowie ihre Angehörigen, ihre schriftlichen Aussagen, Anklageschriften und Urteile aus Prozessen gegen Mitglieder der 'Sozialistischen Front' schriftlich dem Rechtsanwalt Dr. Kurt Wessig, Hamburg, Spitaler Str. 10, zur Verfügung zu stellen. Die Einzelheiten des Verfahrens gegen Spengemann wird im engsten Einvernehmen mit dem früheren Leiter der 'Sozialistischen Front', Werner Blumenberg, mitgeteilt werden, der in Deutschland erwartet wird."

Die "Niedersächsische Volksstimme" beginnt einen Teil des ihr zur Verfügung stehenden Materials zu veröffentlichen. Aus dem Protokoll der Gestapo-Hannover ist eindeutig ersichtlich, dass Spengemann damals Werner Blumenberg, Albert Behrens, Egon Franke, Paul Benfante, Geiger und andere SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre belastete.

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

Leistungslohn erhöht den Lebensstandard

B e r l i n (PD)

Auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Deutschen Volksrates diskutierten Wirtschaftler, Sozialpolitiker und Gewerkschafter über Fragen der Arbeitsproduktivität, des Leistungslohnes und der Prämien. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität diene der Festigung unserer demokratischen Ordnung und der Hebung des Lebensstandards, erklärte der Leiter der Hauptabteilung Löhne und Tarife im Bundesvorstand des FDGB, Alex Stark. In der Ostzone sei im Durchschnitt eine ständige Erhöhung der Arbeitsleistungen der Werktätigen zu beobachten. Eine Normüberfüllung von mehr als 50% sei heute in der Ostzone keine Seltenheit.

In 54 Kreisen der Zone standen im April 337 000 Beschäftigte der volkseigenen Betriebe im Leistungswettbewerb, davon 185 000 im innerbetrieblichen und 10 045 in persönlichen Wettbewerben. An der Durchführung der Wettbewerbe haben die Jugendlichen einen hervorragenden Anteil. Bei den betrieblichen Wettbewerben sei zu verzeichnen, daß bei der Aufgabenstellung in vielen Betrieben noch große Unklarheiten und verschwommene Ansichten bestünden. Die Wettbewerbsbedingungen beschränken sich zumeist auf allgemeine Forderungen, auf Erhöhung der Arbeitsproduktivität, ohne die Weiterentwicklung der Arbeitsvorbereitungen und Instruktionen sowie die Qualifizierung der Arbeiter, Angestellten und Techniker zu berücksichtigen.

Ein entscheidendes Mittel zur Hebung der Arbeitsproduktivität sei die Anwendung des Leistungslohnes. Die Zahl der im Leistungslohn Beschäftigten, hat sich um 10% auf 40% gegenüber dem vergangenen Jahr erhöht.

Bei der Einführung des Leistungslohnes sind zunächst große Fehler gemacht worden. Viele Betriebe gingen dazu über, ohne gründliche Vorbereitung den progressiven Leistungslohn einzuführen. Die Folge war, daß der Lohnanteil schneller stieg als die Arbeitsproduktivität, so daß die Rentabilität des Betriebes gefährdet war. Der progressive Leistungslohn dürfe nur bei Engpässen in der Grundstoffindustrie angewandt werden. Der Leistungslohn dagegen müsse, soweit es möglich ist, alle Volkswirtschaftszweige umfassen. Hierzu sei es notwendig, technisch begründete Arbeitsnormen zu schaffen.

Die neue Festsetzung der Arbeitsnormen sei kein kalkulatorischer Prozeß, sondern eine grundlegende Untersuchung des Arbeitsablaufes. Zu diesem Zweck müssen Produktionsberatungen bis hinunter zur letzten Maschine stattfinden. Meister und Arbeiter sollen nicht mehr getrennt, sondern Instrukteure der Arbeit werden und den Arbeitern zur Seite stehen. Das gleiche gelte für Techniker und Ingenieure. Auch sie müssen ständig mit den Arbeitern im Betrieb in Verbindung stehen, um den Arbeitsprozeß zu verbessern.

Als Ergebnis der Tagung wurde festgestellt, daß weitgehende Anwendung des Leistungslohnes zu einer fortlaufenden Steigerung des Lebensstandards führen wird, weil durch den Leistungslohn auf der Grundlage technisch begründeter Arbeitsnormen eine bessere Ausnutzung der Rohstoffe, der Energiequellen und eine Senkung der Gestehungskosten möglich ist und die Qualität der Erzeugnisse ständig verbessert werden kann. Es sei deshalb erforderlich, nicht nur Leistungslohn, sondern Leistungsprämien-Systeme zu entwickeln, um so das Interesse weiterer Arbeiter und Angestellten an der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erwecken.

PresseDienst
(PD)

8. Juni 1949

Welche Vorteile bringt die Steuerreform dem Angestellten und dem Arbeiter?

(PD)

Die Steuerreform der sowjetischen Besatzungszone bringt allen Kreisen der Bevölkerung wesentliche Erleichterungen. Besonders fühlbar sind die Erleichterungen für die große Klasse der Arbeiter und kleineren Angestellten. Dies sei an einigen Beispielen erläutert.

Ein Familienvater mit 2 Kindern, von denen das eine unter 8 Jahren ist, zahlt bis zu einem Monatslohn von 276 DM überhaupt keine Steuern mehr, während er bisher bei 276 DM Lohn an Steuern zu entrichten hatte. Bei 300 DM Monatslohn zahlt er 3 DM gegen bisher 14 DM, bei 350 DM monatlich 12 DM gegen bisher 30 DM. Sind beide Kinder schon größer, so sind bis zu 227 DM keine Steuern zu zahlen, bei 250 DM Monatslohn beträgt die Steuer 3,50 DM, bei 300 DM Monatslohn 12 DM und bei 350 DM Monatslohn 21 DM. Ein Familienvater mit 3 Kindern hat, wenn ein Kind unter 8 Jahren oder die Frau über 49 Jahre oder er selbst über 64 Jahre alt ist, bei einem Monatslohn bis zu 326 DM überhaupt keine Steuern zu zahlen (bisher 13 DM); bei 350 DM Monatslohn sind 3,50 (bisher 19) DM, bei 400 DM Lohn 12 (bisher 39,50) DM zu entrichten.

Kommen Vergünstigungen infolge Vorhandenseins kleiner Kinder oder hohen Alters des Arbeitnehmers oder seiner Frau nicht in Betracht, so sind bei 2 Kindern und einem Monatsgehalt von 250 DM 3,50 DM gegen bisher 7,50 DM, bei einem Lohn von 300 DM monatlich 12,-- DM gegen bisher 14,-- DM und bei einem Lohn von 350 DM monatlich 21,-- gegenüber 30,-- DM an Steuern zu entrichten.

Ein unverheirateter Arbeiter oder Angestellter unter 64 Jahren zahlt heute bei 250 DM Monatslohn 21 DM gegen bisher 31 DM, bei 300 DM Lohn monatlich 31 DM gegenüber 49,50 DM, bei 350 DM Lohn monatlich 42,50 DM gegenüber 77,50 DM. Ist der Arbeitnehmer über 64 Jahre, so zahlt er bei einem Lohn von 250 DM monatlich 12,-- DM gegen bisher 22 DM, bei einem Lohn von monatlich 300 DM 21 DM gegenüber bisher 37,50 DM und bei einem Lohn von 350 DM monatlich 31,50 DM gegen bisher 61,50 DM.

Eine unverheiratete Frau zwischen 49 und 64 Jahren hatte bisher bei einem Monatslohn von 250 DM 31 DM Lohnsteuer zu zahlen, während sie jetzt nur 12 DM zu zahlen hat. Bei 300 DM hatte sie bisher 49,50 DM zu entrichten gegenüber 21 DM jetzt. Bei einem Lohn von 350 DM zahlte sie bisher 61,50 DM, jetzt zahlt sie 31,50 DM.

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

Kaliningrad - die neue Stadt im Werden
(PD)

Einem in die Anonymität geflüchteten umgesiedelten Königsberger antwortet der Kriegsgefangene Günter Schücke, Lager 7445 in der UdSSR, auf den Artikel "Königsberg wurde Kaliningrad" ("Die Welt", 15.1.49) u.a. folgendes:

"Der Verfasser dieses voller Lügen steckenden Artikels hat sogar für ein paar Mark an die Zeitungsagentur verkauft und die Verhältnisse in Kaliningrad nach den Interessen und dem Geschmack der Westpresse verdreht, entstellt und zugeschnitten. An der 80%igen Zerstörung der Stadt ist nicht die sowjetische, sondern die aggressive, eroberrungssüchtige und brandschatzende faschistische deutsche Armee schuld. Sie liess an die Häuserfronten pinseln: "Die Mauern brechen, aber unsere Herzen nicht." Darüber hinaus entstanden die 80 %igen Zerstörungen in der Stadt nicht erst während der Kampfhandlungen, als Königsberg zur Festung erklärt wurde, sondern bereits am 29. August und 30. September 1944, als die Stadt durch amerikanische Superfestungen dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Einen "Platz der Befreiung" gibt es in Kaliningrad nicht. Das Denkmal Wilhelms I. steht neben dem von Bismarck und Friedrich Wilhelm III. nach wie vor auf dem "Alten Platz". Sicher hätten die Faschisten dem Verfasser des Artikels in der Zeitung "Die Welt" auch ein Denkmal in Königsberg gesetzt. Denn als Verfasser eines solchen Hetzschreibens im Jahre 1949 war dieser auch im Jahre 1945 durchaus in der Lage, mit der Pistole in der Hand als "Soldat des Führers in SS-Uniform" unter den Parolen "Jedes Haus eine Festung", "Sieg oder Sibirien" die erschöpften Soldaten und die verängstigte Bevölkerung ins Trommelfeuer zu hetzen oder als "Heldenklau" gruppenweise Landsr an die Bäume baumeln zu lassen, die das Schild vor die Brust gebunden erhielten "Ich habe mein Vaterland verraten - ich war zu feige zum kämpfen".

Der Schreiber berichtet von 20 000 in der Stadt lebenden Deutschen. Diese Information ist aus der Luft gegriffen. Ich kann mir auch nicht denken, dass eine westliche Zeitungsagentur so ungenau informiert ist. Der Verfasser müsste wissen, dass im Monat Oktober 1948 der letzte Transport deutscher Umsiedler die Stadt verlassen hat. So begeistert diese aus der Stadt abreisten, so gerne erinnern sie sich heute - wie aus ihrer Post ersichtlich ist - der dicken Butterstullen oder leckeren Weissbrötchen Kaliningrads. Die Frauen gedenken des starken Bohnenkaffees und des schwarzen, blumenreichen Tees, die Männer der bekömmlichen Zigaretten und des die Verdauung fördernden Wodkas und die Kinder der Eislutscher und Schokolade. Die Umsiedler besaßen zwar keine Bankkonten von einigen Tausend Rubel, aber immerhin soviel Geld, dass sie bei ihrer Abreise den Zucker in 5-Kilo-Säckchen, Zigaretten und Schokolade kartonweise mitnahmen. Selbstverständlich erhielt nur der Geld, der arbeitete: in Nähstuben und Werkstätten, Kaufhäusern und Werken der Leichtindustrie.

Pressdienst
(PD)

8. Juni 1949
Kaliningrad - 2 -

Wer von den Umsiedlern den Artikel in der britischen Zeitung "Die Welt" liest, wird genau so lachen, wie ich gelacht habe. Man sollte mal versuchen, einen sowjetischen Arzt mit 240 Rubeln oder einen Professor mit 840 Rubeln zu entlohnen. Als Gast bei Sowjetbürgern, der mit ihnen zusammen arbeitete, weiss ich, dass ein lediger Arzt nicht weniger als 1 400 Rubel verdient. Ein Expeditur erhält monatlich 900 Rubel. Selbst deutsche Kriegsgefangene - z.B. Schlosser, Schmiede, Tischler, Schneider, Maurer, Maler usw. verdienen monatlich durchschnittlich 800 bis 900 Rubel. Unspezifische Holzarbeiter in den Zellulose-Werken schaffen es bis zu einem Verdienst von 1 200 Rubeln monatlich. Einige Kriegsgefangene erzielten sogar 1 640 Rubel. Der Warenumsatz einer Kantine eines mittelstark belegten Kriegsgefangenenlagers hatte einen Umsatz von 68 000 Rubel im Monat, von denen die Kriegsgefangenen etwa 49 000 Rubel für Butter, Zucker, Fleisch, Wurst- und Backwaren verausgabten. Die Kolchosbauern verkaufen in Kaliningrad einen Sack mit 120 Pfund Kartoffeln für 30 - 35 Rubel, Gänse das Stück für 40 - 45 Rubel, Speck das Kilo für 35 - 40 Rubel und Schneeweisses Mehl das Kilo für 7 - 10 Rubel. Und das kurze Zeit nach den verheerenden Zerstörungen, die der Faschismus zurückliess. Die deutschen Bauern wurden nicht verjagt, sondern arbeiteten gemeinsam mit den sowjetischen Kolchosbauern.

Der "Deutsche Klub" trug gut-bürgerliches Gepräge. Seine Referenten kamen aus allen Kreisen der deutschen Bevölkerung. Sie organisierten ihre Versammlungen. Kundgebungen und Kulturprogramme ohne jede Vorschrift und ohne den von der anti-sowjetischen Hetzpresse so gern zitierten "kommunistischen" Druck. Die Sowjetunion achtet in Kaliningrad wie in ihrem eigenen Land die nationalen Eigenarten des Deutschen. Russisch ist keineswegs die "alleinseligmachende" Amtssprache, wie etwa im Saargebiet, wo trotz Vorherrschen der deutschen die französische Sprache bei den Behörden Vorschrift ist. Der "Deutsche Klub" besitzt eine umfangreiche deutschsprachige Bibliothek mit Werken von deutschen und Dichtern der Weltliteratur. Drei Tanzabende und zwei Kinoabende wöchentlich vervollständigen das nationale Kulturprogramm. Wie schlecht der Artikelschreiber die Verhältnisse in Kaliningrad tatsächlich kennt, geht daraus hervor, dass er die "Tägliche Rundschau" als einzige Zeitung gesehen haben will. Dabei hatte die deutsche Bevölkerung eine eigene Zeitung "Die Neue Zeit" und erhielt darüber hinaus alle wichtigen Tageszeitungen der Heimat, u.a. auch "Die Welt", aus der ich den Artikel des Anonymous zum Anlass nahm, um seine Verdrehungen über das Leben in Kaliningrad richtigzustellen.

Ausser dem deutschen Kulturleben im "Deutschen Klub" sorgen weitere 9 Kinos für Unterhaltung, die Filme englischer, polnischer, deutscher oder tschechoslowakischer Produktion vorführen. Alle Kinos geben täglich 6 Vorstellungen, um den Ansprüchen der Einwohner Kaliningrads zu genügen. Leere Kinos habe ich in der Stadt zu keiner Tageszeit vorgefunden. Vergeblich aber habe ich die von dem Artikelschreiber erwähnten "Propagandastreifen" der Regierung gesucht. In den Theatern werden "Eugen Onegin", "Gräfin Maritza" und andere Stücke gegeben.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949
Kaliningrad.... - 3 -

Eine wunderbare Ruhe geht von den Sowjetmenschen aus. Sie hetzt kein Gespenst der Arbeitslosigkeit, sie kennen weder Ausbeutung noch Unterdrückung. Ausgeglichen und im Bewusstsein dieser Stärke schaffen diese Menschen für die Werktätigen der ganzen Welt. Dem Artikelschreiber in der englischen Zeitung "Die Welt" rate ich, in seine Berechnungen und Propaganda für ein neues Völkermorden den fortschrittlichen Teil der deutschen Jugend aufzunehmen, der nicht mehr auf die faschistisch-chauvinistischen Hetzereien hereinfällt, sondern der kämpft, denkt und die Wahrheit sucht. Diese Jugend schafft an einer menschenwürdigen Zukunft für unser Volk. Sie wetteifert in friedlicher Arbeit und brüderlicher Verbundenheit mit allen fortschrittlichen Völkern der Welt. Sie weiss, gegen wen sich ihr Kampf zu richten hat.

Wenn Kaliningrad mit dem alten Königsberg nur noch die geographische Lage gemeinsam hat, dann deshalb, weil im Dröhnen der Motoren und im Hämmern der Maschinen das Junge, Neugeborene der Stadt seinen Stempel aufdrückt. Das Morsche, Alte zerfällt - zum Alten aber gibt es kein Zurück mehr."

Der "Augenzeuge" Nr. 23/49

(PD)

Die neue Folge des "Augenzeugen" Nr. 23/49 zeigt uns als erstes Bild ein Kindertheater des Braunkohlen- und Grosskraftwerkes Hirschfelde. Von der Havelberger Ziegelei, heute ein volkseigener Betrieb, bringt uns der "Augenzeuge" einen Bildbericht, der einen guten Einblick in das Schaffen unserer Aktivisten gewährt. Im Bezirk Alexandrysk bei Kirowograd wird ein neues Kohlenbecken erschlossen. Arbeitsbilder hinterlassen einen tiefen Eindruck vom wirtschaftlichen Aufbau in der Sowjetunion. Das Gut Paulinenaue im Lande Brandenburg wurde am 31. Mai ds.Js. von der SMA der Akademie der Wissenschaften übergeben, die damit eine feste Grundlage für ihre Forschungsarbeiten erhält. Dann stattet der "Augenzeuge" dem Weimarer Professor Schäfer-Ast einen Besuch ab, und vermittelt einen Überblick über das Schaffen des grossen Künstlers. Auf dem Gebiete des Sportes sehen wir gute Aufnahmen von der Frühjahrs-Ruder-Regatta in Grünau. Das aktuelle politische Geschehen wird in Bildern von der Aussenministerkonferenz in Paris und vom 3. Deutschen Volkskongress im Hause der Berliner Staatsoper festgehalten.

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Reuter-Magistrat verschleudert Steuergelder
Um zu verhindern, daß die S-Bahn fährt

Die Gewerkschaftszeitung "Tribüne" schreibt zum S-Bahn-Konflikt u.a.:
"Herr Reuter-Friesland und sein Magistrat haben nicht nur, indem sie die Eisenbahner durch Verweigerung von Westgeld in eine unerträgliche Lage brachten, der UGO den erwünschten Vorwand für die Inszenierung eines S-Bahn-Putsches geliefert, sie haben auch im selben Augenblick als die RBD - um der Berliner Bevölkerung die Folgen einer Stilllegung der S-Bahn zu ersparen - sich erbot, die dem Westmagistrat obliegenden Verpflichtungen zu übernehmen, schleunigst den Beschluß gefaßt, den nichtarbeitenden Eisenbahnern Arbeitsausfall-Unterstützung zu zahlen, so daß diese, plus der von der UGO gewährten Unterstützung, plus der zur Verteilung kommenden amerikanischen Care-Pakete besser dran sind, als wenn sie arbeiten würden. Die Auszahlung von Arbeitsausfall-Unterstützung - wann und wo hat je eine reaktionäre Behörde an Streikende und noch dazu an Eisenbahner aus öffentlichen Mitteln Unterstützung gezahlt? - geschieht nur, um zu verhindern, daß der S-Bahn-Konflikt beendet wird, was als eine natürliche Folge des außerordentlichen Entgegenkommens der RBD zu erwarten war."

Ein teures Geschäft

Im letzten Jahr kostete uns die Holzausfuhr nach Großbritannien nicht nur das Holz, das wir gut hätten brauchen können, sondern an Subvention noch 45 Millionen DM, schreibt die "Rheinische Post". Da wir nämlich den Exportpreis zum Vorzugskurs von 15 3/4 Cents je DM umrechnen mußten, während normalerweise 30 Cents angerechnet werden, erforderte jedes Festmeter einen Zuschuß von rund 90 DM. Die reichliche halbe Million Festmeter, die wir nach England lieferten, riß also ein stattliches Loch in den Staatssäckel.

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

K o m m e n t a r e
=====

Berlin darf nicht gespalten bleiben

B e r l i n (PD)

Nach der öffentlichen Sitzung des Außenministerrats über die Berliner Frage sind nun die Vorschläge Wyschinskijs bekannt. Er schlägt freie Wahlen für ganz Berlin vor, die von einer deutschen Kommission aus Vertretern aller politischen Parteien und demokratischen Organisationen vorbereitet und überwacht werden sollen. Schon hier setzt der amerikanische Widerstand ein: die demokratischen Massenorganisationen, wie FDGB, Kulturbund, Frauenbund und Jugend sollen von der Vorbereitung und Kontrolle der demokratischen Wahlen ausgeschlossen werden. Damit demaskiert der amerikanische Außenminister seine Phrasen von den demokratischen Freiheiten in Berlin. Der FDGB, die große Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten, ist in Westberlin praktisch ebenso verboten wie der Kulturbund - und dabei soll es nach amerikanischem Wunsch auch bleiben. So stellen sich die Amerikaner die Demokratie in Berlin vor.

Wyschinskij schlägt vor, daß sämtliche Kommandanturbeschlüsse in Berlin einstimmig gefaßt werden sollen. Die Amerikaner dagegen sagen: "Wenn kein Übereinkommen erzielt werden kann, soll es jedem Sektorenkommandanten überlassen bleiben, Entscheidungen zu treffen, die lediglich in seinem Sektor Gültigkeit haben." Mit anderen Worten: Entweder wird ganz Berlin der amerikanischen Diktatur unterstellt - so stellt sich Acheson die Einheit Berlins vor -, oder aber die Spaltung Berlins in Sektoren wird aufrechterhalten.

Wyschinskij schlägt vor, daß die lebenswichtigen Zweige des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in Berlin durch die alliierte Viermächte-Kommandantur im Sinne der bestehenden Verträge überwacht werden. Dazu gehören u.a. die öffentliche Sicherheit, die Versorgung, die Transport- und Verkehrsmittel sowie die Brennstoff- und Elektrizitätsversorgung. Für alle diese Funktionen soll die freigewählte Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat unter Aufsicht der Kommandantur verantwortlich sein. Wie notwendig eine solche einheitliche Viermächte-Kontrolle in diesen Fragen ist, zeigte sich in den Monaten, seitdem diese nicht existiert, auf Schritt und Tritt: siehe Versorgungsfragen, S-Bahn.

Der Block der Westmächte aber will die Spaltung Berlins, wie die Spaltung ganz Deutschlands, verewigen. Er verbrämt seine Absicht mit Phrasen über die Demokratie und meint die Jollardiktatur. Man muß die Begleitumstände der Pariser Konferenz beachten, um die wirklichen Absichten Amerikas zu erkennen: die englische Regierung hat demonstrativ gerade jetzt den Atlantikpakt ratifiziert. Die amerikanische Senatskommission tat auf Achesons besonderen Wunsch dasselbe. Truman fordert dringlichst die Bewilligung von 1 1/2 Milliarden Dollar für die Waffenhilfe an die westeuropäischen Verbündeten der USA. Der Japangang der Friedensdelegation des Deutschen Volkskongresses wird abgelehnt, dafür aber mit dem sogenannten westdeutschen Konsultativ-Rat

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949
Kommentare - 2 -

über Paris verhandelt. Die westliche Netzpresse wird in Paris mit Propagandamaterial gespeist, den demokratischen Journalisten aus Berlin wird dagegen der Zutritt nach Paris verwehrt.

Die Amerikaner halten in Paris Propagandareden und verbreiten die Ansicht, Wjatschinskij sage zu allem Wein. In Wirklichkeit lehnt der Westblock konsequent jeden noch so entgegenkommenden konstruktiven Vorschlag der Sowjetdelegation ab. Eine Pariser Zeitung schreibt: "Manche Beobachter behaupten, man suche nach einem Vorwand zur Vertagung; Washington werde keine Verständigung mit Moskau suchen, bevor die Neuaufrüstung Westeuropas abgeschlossen sei." Die Behandlung der Berliner Frage seitens der Westmächte scheint diese Meinung zu bestätigen. Auf Grund der Vorschläge Wjatschinskij's könnte die Berliner Frage gelöst werden. Nach der öffentlichen Sitzung wird nun bekannt, daß die USA jeden Vorschlag Wjatschinskij's, der auf die Sicherung der Demokratie und der Einheit Berlins berichtet ist, ablehnen.

Die Versuche, Berlin unter amerikanisches Diktat zu stellen, werden am Widerstand des deutschen Volkes genau so scheitern, wie die Absicht, die Diktatur des Dollars auf ganz Deutschland auszudehnen oder Deutschland auf die Dauer zu spalten.

G.kr.

Nationale Front gegen Demontage

B e r l i n (PD)

Es gibt Dinge, die sprechen eine so eindeutige Sprache, daß sie auch die fingerfertigten Schreiber und die zungengewandtesten Redner nicht in ihr Gegenteil verwandeln können. Der von britischer Seite den Fischer-Tropsch-Werken überreichte Demontagebefehl spricht diese klare Sprache.

Der Bestand dieser Werke ist eine unerläßliche Voraussetzung für die gesunde wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Kohlenbergbaus. Ihre Erzeugnisse dienen dem Aufbau einer deutschen Friedensindustrie. Die einzige Gefahr, die sie darstellen, ist ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Darum ist die Definition der Demontage der Kohleveredelungsindustrie als einer Demontage der Konkurrenz durchaus zutreffend.

400 000 Bergleute des Ruhrgebiets haben Mann für Mann begriffen, welche Gefahr ihnen und darüber hinaus der gesamten deutschen Wirtschaft mit diesem Abbau droht. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen nahm eine Entschlieung an, in der er die Landesregierung auffordert, sich mit allen Mitteln für die Erhaltung dieser lebenswichtigen Werke der Kohlechemie einzusetzen.

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Nölting (SPD), ist, obwohl ihm die maßgeblichen englischen Stellen zu verstehen gegeben haben, daß er mit seinen Protesten gegen die

- 3 -

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949
Kommentare - 3 -

Demontage gegen eine Wand rennt, trotzdem weiter voller Hoffnung, "daß sich auf die Demontagen die wirtschaftliche Vernunft in der Welt, insbesondere in den USA, durchsetzen wird. Wenn die Bundesregierung in Bonn aus der Taufe gehoben wird, wäre die Aufhebung dieser Demontagen das passendste Patengeschenk der Alliierten."

Der Abgeordnete Ledwohn (KPD) ist der Meinung, daß die Herstellung einer Nationalen Front aller westdeutschen Arbeiter, Angestellten, Mittelständler und Unternehmer gegen den internationalen Kapitalismus erforderlich ist. "Nur Massenproteste einer solchen Nationalen Front sind in der Lage, die Demontagen abzuwenden", erklärte er.

Diesen Weg der Nationalen Front haben in Castrop-Rauxel 7 000 Arbeiter mit ihrem Proteststreik gegen die Demontage der Kohlenhydrieranlage beschriftet. Die Bergarbeiter der umliegenden Kohlezechen, die Angestellten der Geschäfte und Büros der Stadt in Castrop-Rauxel liegt still. In Wanne-Sinkel werden die Arbeiter am Donnerstag gegen den befohlenen Abbau der Krupp-Freibstoffwerke in den Streik treten. Die Belegschaft der Paraffin-Werke in Dortmund ist entschlossen, der deutschen Demontagekolonne den Zutritt zum Werk zu verwehren.

So bildet sich die Nationale Front aller Deutschen, vor der sich jene Leute fürchten, deren Sprecher im Frankfurter Wirtschaftsrat ein Gestapoagent und Landesverräter ist. Diese Leute fürchten "erhebliche Unruhe" unter den 400 000 Ruhrbergarbeitern, die das einzige Mittel zur Abwendung der Demontagebefehle kennen: die Vereinigung aller ehrlichen Deutschen in einer Nationalen Front.

50 Prozent der Belegschaften der von der Demontage bedrohten chemischen Werke sind frühere Bergarbeiter, die hier einen neuen Arbeitsplatz fanden, als sie für den Untertagebau nicht mehr tauglich waren. Ihnen und vielen anderen Arbeitern droht Arbeitslosigkeit und neues Elend. Sie können nicht warten, daß jemand zur Vernunft kommt, der seinen Profitinteressen noch immer das Wohl arbeitender Menschen untergeordnet hat. Ihre bitteren Erfahrungen haben sie belehrt. Deshalb haben sie die Worte Ledwohns begriffen. Sie formieren sich im Kampf gegen jede imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung. Sie wissen, daß von ihrem Handeln nicht nur ihr eigenes Schicksal, sondern das Schicksal des deutschen Volkes abhängt. Sie stehen gegenwärtig in der ersten Reihe der mächtig wachsenden Nationalen Front.

(N.K.)

+) unterstützen diesen Streik. Das gesamte öffentliche Leben

PresseDienst
(FD)

8. Juni 1949

A r t i k e l d i e n s t
=====

Zum ländlichen Genossenschaftsprogramm der CDU

Eine sachliche aber notwendige Kritik

Während sich die SPD gegenwärtig in uferlosen Programmdebatten (siehe u.a. "Das sozialistische Jahrhundert") die Köpfe heiss redet, ob und in welcher Form ein Partei- oder Aktionsprogramm notwendig sei oder nicht, und dabei - zum wievielten Male? - den Marxismus als "dogmatisch" und "überholt" abzutun versucht, hat die CDU in der Aufstellung von Programmen und Richtlinien viel weniger Hemmungen. So hat sich diese Partei bereits im Juli 1948 ein sogenanntes Wirtschafts- und Sozialprogramm gegeben, in welchem u.a. - wenn auch sehr kurz - einige Hinweise auf die Stellung der CDU zum landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen niedergelegt sind.

Am 19.12.48 veröffentlichte die Leitung der CDU in ihrer Zeitung "Neue Zeit" Nr. 296 ein ländliches Genossenschaftsprogramm, ohne aber in der Folge weiterhin dieses Programm zu popularisieren oder den Versuch zu unternehmen, dieses zu realisieren. Dies zu tun, oder wenigstens den Versuch hierzu unternehmen, gab es unzweifelhaft kein geeigneteres Forum als den "Kongress der ländlichen Genossenschaften Deutschlands", der am 16. und 17. März dieses Jahres in Berlin tagte. Zu diesem Genossenschaftskongress, der von 514 Delegierten aus der ganzen Zone besucht war, wurde in den vorausgegangenen Kreisversammlungen auch 35 Genossenschaftsdelegierte gewählt, die der CDU angehörten. Dieser Genossenschaftskongress hat einstimmig - also mit den Stimmen der CDU-Delegierten - das neue Statut, den neuen Strukturplan der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die umfassende, das Leben und die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften umreisende Aufgabenentschliessung angenommen. Inzwischen ist die gesamte landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation in der Ostzone unter Leitung des auf dem Kongress neugeschaffenen "Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands" daran gegangen, die Beschlüsse des Kongresses in die Tat umzusetzen, vor allem die Dorfgenossenschaften zu bilden und neues Leben und einen neuen Geist in die Genossenschaftsorganisation zu tragen.

Just in diesem Moment (29. April 1949) hält es die Parteileitung der CDU für angebracht, ihr "Programm für die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften" (ausser einem Programm für die Bildung von Genossenschaften für gewerbliche Betriebe) an die DWK einzureichen und ebenfalls eine Ausfertigung hiervon "zur gefälligen Kenntnisnahme" dem Zentralsekretariat der SED zu übermitteln.

Diese Tatsache, die nur den Zweck haben kann, zu versuchen, die demokratischen Beschlüsse des Genossenschaftskongresses vom März d.J. einer Revision zu unterziehen - solche Revisionsversuche wurden bekanntlich, wenn auch erfolglos, mehrmals bezüglich der demokratischen Bodenreform unternommen -, machen es notwendig, auf das "ländliche Genossenschaftsprogramm der CDU" etwas näher einzugehen.

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949
Artikeldienst - 2 -

Da, wie bereits erwähnt, das Genossenschaftsprogramm der CDU schon im Dezember 1948 veröffentlicht wurde, ist es nicht notwendig, dieses Programm, obwohl es nur 2 1/2 Schreibmaschinenseiten umfasst, im Wortlaut wiederzugeben. Dies ist auch deshalb überflüssig, weil in vielen Punkten des Genossenschaftsprogramms der CDU die entsprechenden Beschlüsse des Genossenschaftskongresses vom März d. J., die auch bekanntlich die Zustimmung unserer Partei fanden, sich zu eigen macht oder, wenn wir die Veröffentlichung vom Dezember 1948 betrachten, bereits vorweg genommen hat.

In welchen Fragen aber trennen sich unsere Auffassungen und stehen die Forderungen der CDU auch den demokratischen Beschlüssen des Genossenschaftskongresses entgegen?

1. Im Abschnitt II, Teil 2 und ähnlich im Schlusssatz III des ländlichen Genossenschaftsprogramms der CDU heisst es wörtlich:

"Die gegenwärtige Organisation des ländlichen Genossenschaftswesens hat sich seit Jahrzehnten bewährt. An ihr ist daher auch künftig festzuhalten."

Unter "gegenwärtige Organisation" ist hier unzweifelhaft die Organisationsform der landwirtschaftlichen Genossenschaften gemeint, wie sie bis zum Genossenschaftskongress bestanden hat. Dieser Genossenschaftskongress hat aber sowohl durch die Referate der Genossen Merker und Bussé, wie auch durch die Diskussionsredner eindeutig festgestellt, dass sich gerade die bisherige Organisationsform der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht bewährt hat und vor allem, dass diese für die antifaschistisch-demokratische Neuordnung in keiner Weise zweckmässig ist. Gen. Merker erwähnte hierzu bei der Behandlung der Aufgaben, die in Hinsicht auf die nächste Zeit wichtig und notwendig sind: "Die Anpassung der Tätigkeit und des strukturellen Aufbaues der landwirtschaftlichen Genossenschaften an die durch die Bodenreform und durch die Errichtung der volkseigenen Industrie und der volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe herbeigeführten Veränderungen in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen." Und in seinen Schlussbemerkungen sagte er: "Der Kongress hat sich einmütig für die Umgestaltung und den Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der sowjetischen Besatzungszone ausgesprochen. Das ist ein grosser Fortschritt, denn von dieser Umgestaltung und von diesem Ausbau aus wird sich ein neues Leben in den landwirtschaftlichen Genossenschaften entfalten."

Ich glaube, der Wille und der Beschluss von 514 Delegierten der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf dem Kongress der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Ostzone ist klar und unzweideutig und niemand hat das Recht, diesem demokratischen Willensausdruck durch von "oben" erwirkte etwaige behördliche Verordnungen einen anderen Willen entgegenzusetzen.

2. Der Abschnitt II, Teil 2b, behandelt die Struktur der Dorfgenossenschaften, wie sie nach der Meinung der CDU aussehen müsste. Danach würden diese Dorfgenossenschaften nur aus örtlichen Aufreiservereinen gebildet, also den bisher örtlichen Genossenschaften, "die in unterster Stufe die Träger des genossenschaftlichen Bezugs- und Absatzgeschäftes darstellen". Die am zahlreichsten im Dorfe vorhandenen Genossenschaften sind die Spar- und Darlehenskassen, die in den weitaus meisten Fällen eben-

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949
Artikeldienst - 3 -

Falls das Varengeschäft betreiben, werden hier in dem Genossenschaftsprogramm der CDU ausser Acht gelassen.

Der Genossenschaftskongress vom März 1949 hat dagegen beschlossen, dass nicht nur diese Genossenschaften, sondern auch andere bisher im Dorfe vorhandene Genossenschaftsorganisationen, soweit sie nicht selbständig zu bleibende Spezialgenossenschaften sind, in die neu zu bildenden Dorfgenosenschaften einbezogen werden sollen. Dabei werden in den meisten Fällen die bestehenden genossenschaftlichen Spar- und Darlehenskassen den Kern für zu bildenden neuen Dorfgenosenschaften abgeben. Wie die weitere Struktur der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation aussehen wird (Kreis-, Landes- und Zonen-ebene), ist aus der Skizze: Gesamtstruktur, abgebildet, in dem jetzt im Deutschen Bauernverlag erschienenen Protokoll des Kongresses der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands, zu ersehen.

3. In Abschnitt II, Teil 3 c und d des Mündlichen Programms der CDU wird folgendes gesagt:

- c) Die Genossenschaften haben sich jeder parteipolitischen Betätigung zu enthalten. Die leitenden Stellen in den Genossenschaften und Verbänden dürfen nicht nach der Parteizugehörigkeit besetzt werden. Ausschlaggebend darf lediglich die genossenschaftlich-fachliche Eignung sein.
- d) Die Genossenschaften müssen sich innerhalb des durch die gesetzlichen Bestimmungen gezogenen Rahmens, d.h. ohne jede Einflussnahme von aussen her, frei entfalten sowie unter voller Wahrung des Grundsatzes der Selbstverwaltung entwickeln können.

Vor auf diese nicht neuen, in den verschiedenen Reden, Dokumenten und Forderungen der bürgerlichen Parteien immer wiederkehrenden, bereits abgedroschenen Einwände und Auslassungen abzielen (auch im letzten Abschnitt III wird von "frei vom Dogma und Schema" gesprochen), ist leicht ersichtlich. Doch sie treffen nicht unsere Partei, die SPD, sondern wirken - wenn man es genau betrachtet - wie ein tückischer Zumerang. Unsere Partei erklärt ganz offen, was unser Ziel und unser Wollen ist und dementsprechend arbeiten unsere Mitglieder auch in den bestehenden Massenorganisationen. Leider vermisst man diese Offenheit stark bei den bürgerlichen Parteien, besonders bei der CDU. Ihre Worte stehen mit ihren Taten sehr selten im Einklang. Bei der praktischen Arbeit, vor allem auf dem Lande, können unsere Freunde davon ein Lied singen. Die Tätigkeit der Mitglieder der antifaschistisch-demokratischen Parteien in den überparteilichen Massenorganisationen hat selbstverständlich im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Neuordnung und des Neuaufbaues in unserer Zone zu erfolgen. Das ist keine "parteipolitische Betätigung" sondern eine fortschrittlich-antifaschistisch-demokratische Tätigkeit und somit auch Pflicht jedes Mitglieds einer antifaschistisch-demokratischen Partei. Die leitenden Stellen, auch in den Genossenschaften, werden nicht nach der jeweiligen Parteizugehörigkeit, sondern in erster Linie nach der politisch-antifaschistisch-demokratischen Zuverlässigkeit der Bewerber besetzt. Also nicht: "Ausschlaggebend darf lediglich

+ nach den Gesichtspunkten einer Förderung dieser Organisationen

Presse-dienst
(PD)

8. Juni 1949
Artikeldienst - 4 -

lich die genossenschaftlich-fachliche Signung sein", wie es in dem oben genannten Abschnitt des Genossenschaftsprogramms der CDU heißt, sondern die politisch-antifaschistisch-demokratische Zuverlässigkeit ist ausschlaggebend, wobei die genossenschaftlich-fachliche Signung sehr stark ins Gewicht fällt. dass diese Forderung und auch Voraussetzung unbedingt notwendig ist, zeigen alle Erfahrungen, die wir beim Aufbau der neuen Ordnung gemacht haben.

Dem Einwand, dass sich die Genossenschaften "ohne jede Einflussnahme von aussen her frei entfalten" müssen, ist entgegenzuhalten, dass auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht ausserhalb der gesellschaftlichen Zusammenhänge und des Gesamtorganismus der Volkswirtschaft ein separates Eigenleben führen können. Gen. Paul Merker hat in seinem Referat auf dem Genossenschaftskongress sehr treffend auf diese Zusammenhänge hingewiesen und erklärt:

"Es war eine Eigenart vieler alter Führer der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die von ihnen begründete oder geförderte Bewegung als eine völlig selbständige Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens hinzustellen. Nach ihrer Auffassung waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften Selbsthilfeorganisationen der Bauern, die ideologisch in der vorkapitalistischen Zeit wurzelten. Das Entstehen der landwirtschaftlichen Genossenschaften führten sie infolgedessen auf die Überlegenheit edler und humanitärer Persönlichkeiten zurück und die Weiterentwicklung der Genossenschaftsideologie auf das eigene angeblich völlig unabhängige Innenleben der Genossenschaftsbewegung. Diese Ansichten waren natürlich illusionär, wobei festzustellen ist, dass sie auch heute noch nicht völlig überwunden sind.

Das Entstehen der landwirtschaftlichen Genossenschaften ergab sich aus den damaligen Bedingungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Klassenkampfes, und ihre Entwicklung ist das Ergebnis eben derselben Bedingungen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften waren also seit ihrer Gründung keineswegs eine selbständige Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens, sondern ein Produkt und ein Teil desselben. Sie waren nicht klassenlos, sondern sie waren klassengebunden. Sie waren nicht unabhängig von Staat und Gesellschaft, sondern abhängig von der jeweiligen Gesellschaft und dem jeweiligen Staatswesen, d.h. dem monarchistischen, dem bürgerlich-demokratischen oder dem faschistischen. Ihre Ideologie widerspiegelte mehr oder weniger - ich wiederhole - die jeweiligen Bedingungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Klassenkampfes."

Diese Einschätzung der Entstehung, Entwicklung und des Wirkens der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland durch Paul Merker zeigt, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften trotz Forderung des Grundsatzes der Selbstverwaltung, der Beachtung, Lenkung und Unterstützung - selbstverständlich nicht nur von einer Partei - aber doch "von aussen her" durch die demokratisch-antifaschistischen Kräfte bedürfen.

Es ist also die Aufgabe und die Pflicht aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte, gleich welcher Partei zugehörend, die Beschlüsse des Kongresses der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands vom März d.J. eingehend zu studieren und an deren Verwirklichung im Interesse der demokratischen Entwicklung der deutschen Landwirtschaft tatkräftig mitzuhelfen.

(R. Reutter)

Fressdienst
(PD)

8. Juni 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Die Marshall-Schlinge um Frankreich

(PD)

Die Wirtschaftspolitik des amerikanischen Imperialismus gegenüber den Marshallplan-Länder geht vor allem von den zwei Grundsätzen aus:

1. Diese Länder sollen so viel als möglich amerikanische Waren kaufen.
2. Die Wirtschaft dieser marshallisierten Länder soll von den amerikanischen Lieferungen abhängen.

Zwei Beispiele illustrieren deutlich diese Politik.

Mr. Taix, der Ratgeber des "sozialistischen" Ministers Lacoste kam von einer Studienreise aus den USA zurück und schlug den Bau von Thermal-Bädern vor.

Das bedeutet: a) Schluss mit dem französischen Programm zur Ausrüstung der hydro-elektrischen Industrie, die eine Garantie für die wirtschaftliche - also auch politische - Unabhängigkeit des Landes bedeuten würde; b) Kauf von 15 000 Kilowatt Thermal-Ausrüstungen in den Vereinigten Staaten; c) ständige Einruhr amerikanischer Kohle und Treibstoffe.

Selbst Kreise der französischen Unternehmer können es sich nicht ver sagen, in der Zeitschrift "L'Usine Nouvelle" zu bemerken: "Die Bemühungen der französischen Industrie geben ihr das Recht, sich einer solchen, nicht unbedingt notwendigen Einruhr zu widersetzen, die ernsthaft ihre Tätigkeit beeinträchtigen könnte."

Zur gleichen Zeit wurden 28 Diesel-Lokomotiven und 310 Wagen für Algier, Tunis und Marokko bei amerikanischen Firmen bestellt. Hierzu schreibt "L'Usine Nouvelle": "Diese Aufträge an die Vereinigten Staaten waren Gegenstand von Protesten seitens der Firmen, denen die Aufträge des eigenen Landes entzogen werden und die gezwungen sind, um eine beschränkte Produktion aufrecht zu erhalten, Aufträge aus dem Ausland zu suchen, was mit grossen Unkosten verbunden ist".

Ebenso werden bedeutende Aufträge an Stahlblech in Höhe von 44 000 Tonnen, d.h. 5 Millionen Dollar an die USA vergeben. Die Firma "Air France" kauft sechs Flugzeuge "Constellation", das sind sechs Millionen Dollar usw.

70 % des Milchvertriebs in Paris ist in Händen der Trusts Genvrain (45 %) und Nestlé-Maggi (25 %) konzentriert. Der Rest verteilt sich auf 30 Kooperativen und 10 Kleinunternehmen. Genvrain und Nestlé haben sich zur Gesellschaft "Finapa" zusammengeschlossen, die unter amerikanischer Herrschaft stehen wird, da die Gesellschaft Nestlé durch die Bank Morgan kontrolliert wird. Die täglichen Einnahmen aus dem Milchvertrieb belaufen sich in Paris auf 55 Millionen Francs, d.h. 10 % mehr als die Einnahmen aus der U-Bahn und den Autobussen zusammen.

(Aus "Humanité" vom 26.5.49)

D.B.

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 2 -

Rüstungen jährlich 25 Milliarden Dollar

(PD)

"France Nouvelle" vom 28. Mai 1949 schreibt: "Wir bezahlen die Vorbereitungen für unseren Tod!" Die Regierung der amerikanischen Kriegshetzer-Monopole verlangt von den Atlantikpakt-Ländern, dass sie ihren Völkern unerhörte Lasten der Kriegsvorbereitung aufbürden.

"Ungenehme Summen werden ausgegeben, um die Land-, See- und Luftstreitkräfte zu unterhalten und zu verstärken", liest man in der englischen Zeitung "Statist" vom 24. April, die genaue Summen angeben kann: "Die Militärausgaben kosten Grossbritannien ungefähr 800 Millionen Pfund Sterling. Wenn man dazu noch die Ausgaben für die Modernisierung der Ausrüstungen für Flotte und Luftarmee und die Überholung der Fahrzeuge berücksichtigt, wird das englische Programm dieses Jahr rund eine Milliarde Pfund betragen. Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg geben jährlich 750 Millionen Pfund Sterling für militärische Zwecke aus. In den Vereinigten Staaten hat die Budget-Kommission des Repräsentantenhauses den Betrag für Militärausgaben für 1949-50 auf 15,9 Milliarden Dollar erhöht".

"Statist" schreibt weiter, dass in England in diesem Jahr 1,5 Millionen Männer und Frauen zum "Britischen Verteidigungsdienst" mobilisiert sind. In den Vereinigten Staaten rechnet man mit 3 Millionen Personen, in Frankreich und in den Benelux-Ländern stehen ebenfalls erhebliche Kräfte im Dienste der "Nationalen Verteidigung". "Es ist bestürzend, meint 'Statist', dass vier Jahre nach Kriegsende 6 Millionen Menschen in den westlichen Demokratien, in Europa und den Vereinigten Staaten in der Armee sind oder für militärische Zwecke arbeiten".

"Im Augenblick beleben die Rüstungsausgaben und die Hilfe an das Ausland die Geschäfte", erklärte "United States News World-Report" am 30. November 1948. "Die Rüstung ist der Grundmechanismus, der für Zukunft den Hebel zum Wohlstand bildet", schrieb das gleiche Blatt am 22. April 1949.

Es handelt sich um den Wohlstand der Trusts und der amerikanischen Milliardäre!

(D.B.)

Amerikanische Kommentare zu Eisler

(PD)

"Le Monde" vom 30. Mai berichtet, dass die Freilassung Gerhart Eislers in Washington grosses Aufsehen erregt habe. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission für amerikanische Tätigkeit, Velde meinte, "dass es ausserordentlich bedauerlich sei, dass die englische Regierung eine finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten annehme, sich jedoch weigere, als Gegenleistung kleine Vergünstigungen zu gewähren".

Clarence Brown, der Vertreter Ohio's rief aus: "Welche Dankbarkeit! Welch herrliches Beispiel internationaler Zusammenarbeit! Welch schlagender Beweis tiefer Anerkennung der britischen Regierung für die Opfer, die wir georacht haben".

"Le Monde" überschreibt den Bericht: "Bedauerliche amerikanische Kommentare".

(D.B.)

- 3 -

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 3 -

Kämpfe in Italien

(PD)

Zur Lage in Italien schreibt die englische Wochenschrift
"New Statesman and Nation" in ihrer Ausgabe vom 28. Mai u.a.:

"Das breite Tal des Po-Flusses ist wieder Schauplatz bitterer Arbeiterkämpfe. Gleich ihren Vorvätern vor dem Faschismus, tragen die 'Braccianti' der Ebene einen unermüdlichen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, und stärkere Gewerkschaftsorganisationen aus. Anfang des Monats begannen sie einen neuen Streik. Wie in der Vergangenheit, kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Wie üblich, benutzte die Polizei ihre Pistolen, und vorige Woche wurde ein Streikender unter Umständen ermordet, die an die Zeiten der Banden von Schwarzhemden 1922 erinnerte. Diese Schiesserei löste einen zweistündigen Proteststreik aller werktätigen Mailands aus, während der Streik der Landarbeiter sich jetzt auch auf andere Zweige der Landwirtschaft ausdehnt.

Seit Ende des Krieges haben die italienischen Regierungen es versäumt, die strukturellen Probleme zu lösen, die einer gesunden Entwicklung Italiens entgegen stehen. Eine radikale Veränderung der alten Art von Eigentum und Privilegien in den Programmen der demokratischen Gruppen und Parteien, die nach dem Zusammenbruch des Faschismus entstanden, gefordert worden. Ohne Bodenreform - darin waren sich alle Teile einig - konnten weder Fortschritt noch Stabilität in Italien gesichert werden. Sogar die Christlichen Demokraten gaben dies zu. Und doch haben keinerlei strukturelle Veränderungen stattgefunden. Die von de Gasperi vorgeschlagene Bodenreform - sollte sie je über das Papierstadium hinauskommen - wird kaum mehr zur Folge haben, als das Eigentum an grossen Besitzungen auf eine etwas grössere Zahl von Eigentümern zu verteilen. Sie wird nichts tun, um die alten Uebel, wie abwesende Gutsherren, altmodische Pachtverträge, abzustellen. Den Millionen von armen und landlosen Bauern bleibt nichts anderes übrig, als zu kämpfen. Den unterdrückten Massen erscheint die Christliche Demokratie als Christlicher Faschismus".

(G.G.)

Mehr Fleisch, mehr Butter, mehr Eier

(PD)

Bekanntlich hat die Sowjetunion kürzlich einen besonderen Dreijahrplan der Entwicklung der Viehzucht ausgearbeitet. Im Rahmen dieses Dreijahrplanes sollen beispielsweise die Viehbestände der Kollektivwirtschaften 1951 24 Millionen Stück Hornvieh erreichen. In dieser Zahl sind die 30 Millionen Stück Küder und Kühe, die sich in Privatbesitz von Bauern und Arbeitern befinden, nicht eingerechnet, auch nicht die staatlichen Viehherden, die ebenfalls vergrössert werden. Der Plan sieht auch eine wesentliche Erhöhung des Bestandes an Schweinen, Schafen und Gerlügel vor.

PresseDienst
(FD)

8. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 4 -

Eine neuerdings veröffentlichte Berechnung darüber, in welchem Masse sich durch diese Steigerung der Viehzucht die für die städtische Bevölkerung verfügbaren Mengen an Lebensmitteln tierischen Ursprungs vergrößern wird, gewährt einen Einblick in das Tempo, in dem der Wohlstand, die gute Ernährung der Bevölkerung der Sowjetunion steigen wird.

Im vergangenen Jahr 1948 stand der städtischen Bevölkerung an Fleisch ungefähr so viel zur Verfügung, wie im Vorjahre 1947 an Butter mehr. Man wird berechnen, in welchem Umfang die sowjetischen Kollektivwirtschaften durch die Erweiterung der Viehzucht und der Geflügelhaltung in die Lage versetzt werden, nach Deckung ihres eigenen Bedarfs an Lebensmitteln ihre Ablieferungen im Laufe der nächsten 2 1/2 Jahre zu erhöhen. Der Ablieferungsplan der Kollektivwirtschaften sieht für das laufende Jahr 1949 die Lieferung von 1,9 Millionen Tonnen Fleisch vor, nächstes Jahr werden es schon 2,3 Millionen Tonnen sein, im Jahre 1951 2,7 Millionen Tonnen. An Milch- und Butterlieferungen sind für das laufende Jahr 8 Millionen Tonnen Milch, für 1951 10 Millionen Tonnen vorgesehen. Die Zahl der abgelieferten Eier wird im laufenden Jahr 2,1 Milliarden sein, im Jahre 1951 schon 4,2 Milliarden.

In Verbindung mit der Steigerung der Viehzucht sind Pläne ausgearbeitet, die den beschleunigten Bau von Molkereien, Käsereien, Milchkonserven-Fabriken und von Betrieben zur Herstellung der maschinellen Ausrüstungen für Milchverarbeitung und für die industrielle Verarbeitung sonstiger tierischer Produkte vorsehen.

(E-n)

Zur Information

=====

Amerikanische Kriegsvorbereitungen in Franco-Spanien

(FD)

Die französische Wochenzeitschrift "France Nouvelle" vom 14.5.49 gibt folgende Mitteilungen über die strategische Bedeutung, die Spanien im Falle eines anglo-amerikanischen Krieges gegen die Sowjetunion spielen könnte.

Hafenanlagen. Seit beinahe zwei Jahren wird die Modernisierung und Erweiterung der spanischen Häfen aktiv von der Direktion der amerikanischen Marinemission betrieben. Nach offiziellen Schätzungen Franco-Spaniens betragen die Summen, die für den Ausbau der Hafenanlagen ausgeben wurden, einundzwanzigmal so viel, wie die Kredite, die den Ministerien für öffentliche Arbeiten, Volksbildung, Landwirtschaft, Arbeit, Industrie und Handel zusammen bewilligt wurden. Wenn man berücksichtigt, dass der spanische Export augenblicklich nur 30 % von dem des Krisenjahrs 1929 beträgt, kommt man zu dem Schluss, dass die

Pressedienst
(PD)

8. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 5 -

Neueinrichtung von annähernd 50 Häfen schlecht mit den Bedürfnissen des spanischen Handels und der Marine übereinstimmt.

70 Flughäfen. Ausser dem Aufbau und der Einrichtung der spanischen Häfen betreiben die amerikanischen Imperialisten eilig den Bau neuer Flughäfen. Im Jahre 1947 nahmen die spanischen Flugplätze 14 700 Hektar ein, gegenüber 2 000 Hektar im Jahre 1939. Dank der Hilfe der amerikanischen Spezialisten, die extra zu diesem Zwecke in Spanien weilen, konnten 70 neue Flugplätze eingerichtet werden. Sie befinden sich sowohl in Spanien selbst, als auch auf den Balearen, den Canarischen Inseln und in Spanisch-Marokko. Einige davon besitzen Rollbahnen, die einen leichten Start für Bombenflugzeuge mit grossem Aktionsradius ermöglichen. Nach Mitteilungen offizieller Dienststellen Franco-Spaniens können auf diesen neuen Flugplätzen stündlich 100 Flugzeuge starten. Es ist interessant, diese Zahl mit drei Dutzend veralteten Flugzeugen zu vergleichen, die die spanische zivile Luftfahrt besitzt.

Gleichzeitig wird ein ganzes System ausgearbeitet, das ermöglichen soll, Petroleum aus dem mittleren Orient zu erhalten. So haben die amerikanischen Petroleum-Trusts eine gemischte Gesellschaft mit einem Kapital von 40 Millionen Dollar gebildet, die ihnen eine vollkommene Kontrolle über die Brennstoff-Produktion Spaniens sichert.

SS und Anders-Soldaten in der Franco-Armee. Da die spanische Produktion für militärische und strategische Zwecke ungenügend ist, haben die amerikanischen Imperialisten daran gedacht, in westdeutschland demontierte Betriebe auf die iberische Halbinsel zu transportieren.

Um die deutsche Kriegskunst auszunutzen, hat Franco Tausende hitlerische Spezialisten in seine Armee einbezogen, um die strategisch-militärischen Vorbereitungen Spaniens voranzutreiben. 20 Divisionen Franco-Spaniens wurden mit deutschen Panzer-Modell "Tiger" ausgerüstet. Es ist auch allgemein bekannt, dass faschistische Einheiten der Anders-Armee von Frankreich nach Spanien gekommen sind, wo sie genau wie die Franco-Armee unter Leitung amerikanischer Instrukteure, militärisch ausgebildet werden. Die Armee Francos ist so vollständig dem Generalstab der Vereinigten Staaten unterordnet. Man schenkt ihr Vertrauen, da sie ja die Erfahrung von 13 Jahren Krieg gegen das spanische Volk besitzt.

Es gibt übrigens nicht nur in der Armee Hitlerleute, sondern auch in der Geheimpolizei Francos.

Diese strategischen und militärischen Vorbereitungen der USA in Franco-Spanien erklären besser als alles andere, warum die Dollar-könige ein so grosses Interesse an Franco haben.

(D.B.)